



Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur (Fachausschuss 2 - F2) der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde
am 27.11.2025, 18:15 Uhr

Sitzungsort: Familiengarten Eberswalde, Tourismuszentrum, Konferenzsaal,
 Am Alten Walzwerk 1, 16227 Eberswalde

Art der Sitzung: Hybridsitzung

TAGESORDNUNG

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 11. Sitzung vom 15.10.2025	
4	Feststellung der Tagesordnung	
5	Informationen des Vorsitzenden	
6	Einwohnerfragestunde	
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	
8	Beratung über Interessenbekundung der Stadt Eberswalde zum Förderprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten	
9	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	
9.1	Fraktion Bündnis Eberswalde: Herausforderung durch Schließzeiten in Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde	AF/0059/2025
9.2	*Fraktion SPD BfE: Zukunftsfähige Bildung in Eberswalde: Zustand des Schulbudgets und der Infrastruktur (Bruno-H-Bürgel-Schule)	AF/0060/2025
10	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
10.1	Haushaltssatzung 2026/2027	BV/0257/2025
10.2	Änderung der Kulturförderrichtlinie	BV/0234/2025
10.3	Vereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde und der Bürgerstiftung Barnim Uckermark über den Betrieb der Freiwilligenagentur Eberswalde	BV/0272/2025
10.4	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Eisenherz e.V. - Kaltmietkosten	BV/0256/2025
10.5	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Schutzengelwerk	BV/0262/2025

10.6	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. - Personalkosten Begegnungsstätte Bahnhofstraße	BV/0263/2025
10.7	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - AWO Beratungsstelle - Sach- und Personalkosten	BV/0265/2025
10.8	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - AWO Beratung - Mietkosten	BV/0266/2025
10.9	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Kontakt Eberswalde e.V. - Miet- und Betriebskosten	BV/0270/2025
10.10	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Palanca e.V. - Beratungs- und Bildungsangebot	BV/0271/2025
10.11	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Palanca e.V. - Miet- und Betriebskosten	BV/0284/2025
10.12	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Solis e.V. - Projekt "Schenke"	BV/0276/2025
10.13	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Brot & Hoffnung e.V. - Miet- und Betriebskosten	BV/0279/2025
10.14	Förderantrag gemäß Sozialförderrichtlinie - Brot & Hoffnung e.V. - Projektkosten Tafel Eberswalde	BV/0282/2025
11	Informationsvorlagen	

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
1	Begrüßung und Eröffnung der Sitzung	

Herr Jur, Vorsitzender des Fachausschusses 2, eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden zur Hybridsitzung des F2, an der nachstehende Ausschussmitglieder mit begründeten genehmigten Anträgen gemäß § 34 Absatz 2 der Brandenburgischen Kommunalverfassung (BbgKVerf) per Videozuschaltung teilnehmen dürfen:

	stimmberechtigt	gemäß Antrag vom	und Genehmigung vom
Carsten Zinn	ja	19.11.2025	19.11.2025
Frank Banaskiewicz	ja	24.11.2025	24.11.2025
Benjamin Knoll	nein	25.11.2025	25.11.2025

Herr Jur fragt, ob die Video- und Audioübertragung funktioniert.

Teilnehmer/in	Videoübertragung	Audioübertragung
Carsten Zinn	ja	ja
Frank Banaskiewicz	ja	ja
Benjamin Knoll	ja	ja

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	

Herr Jur stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der F2 beschlussfähig ist.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 Mitglieder in Präsenz und 2 Mitglieder per Videozuschaltung anwesend bzw. zugeschaltet, mithin **10 Stimmberechtigte (Anlage 1)**.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
3	Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 11. Sitzung vom 15.10.2025	

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
4	Feststellung der Tagesordnung	

Herr Jur teilt mit, dass die Anfrage AF/0060/2025 *Fraktion SPD|BfE: Zukunftsfähige Bildung in Eberswalde: Zustand des Schulbudgets und der Infrastruktur (Bruno-H-Bürgel-Schule) wurde vor der Sitzung an alle Ausschussmitglieder verteilt worden und somit Bestandteil der Tagesordnung unter TOP 9.2 sei.

Weiterhin habe die Verwaltung als Einreicherin der Beschlussvorlage BV/0262/2025 „Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie – Schutzengelwerk“ mitgeteilt, dass diese für die heutige Sitzung zurückgezogen werde und sich die Tagesordnung somit um diesen Punkt reduziere.

Herr Zinn stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 10.3 bis 10.14, welche alle Anträge auf Förderungen gemäß Sozialförderrichtlinie beinhalteten, aus Rücksicht auf die anwesenden Ehrenamtlichen der Vereine vor der Debatte zur Haushaltssatzung 2026/2027 (TOP 10.1) zu beraten.

Abstimmung zum Antrag auf Änderung der Tagesordnung: mehrheitlich angenommen

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
5	Informationen des Vorsitzenden	

Es werden keine Informationen gegeben.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
6	Einwohnerfragestunde	

6.1 Einwohnerin 1:

- bezieht sich auf ihre Beiträge in den Einwohnerfragestunden der 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 25.09.2025 sowie der 11. Sitzung des F2 am 15.10.2025 das Thema Hortplatzvergabe für ihre Enkelin in der Wunscheinrichtung der Familie betreffend; teilt mit, dass sie in einem persönlichen Gespräch mit dem Bürgermeister und Herrn Schlüter am 10.07.2025 erstmals mitgeteilt habe, dass ihre Enkelin keinen Platz im Hort der Geschwisterkinder bekommen habe und dass ihr bei diesem Termin bereits bekannt gewesen sei, dass Platzvergabe bevorzugt an Mitarbeitende der Stadtverwaltung oder befreundete Personen von Mitarbeitenden der Stadtverwaltung erfolge, was ihrer Meinung nach den Verdacht der Vorteilsnahme aufwerfe; sagt, dass sehr viel Zeit ohne eine Antwort und Prüfung des Vorgangs vergangen sei, erst nach einem Monat habe sie einen Brief erhalten, der nach ihrem subjektiven Empfinden wie ein Drohbrief klinge; stellt die Frage, wofür die Einwohnerfragestunde gut sei, wenn keine ruhigen, sachlichen Anmerkungen gemacht werden könnten; erachtet dies als ungeheuerlich und schlägt den Stadtverordneten vor, sich ein eigenes Bild über den Brief zu machen (Anlage 3 der öffentlichen Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung vom 25.09.2025); betont, dass dies keine bürgernahe Reaktion sei und sie das Gefühl habe, ihr werde das Wort im Mund herumgedreht; fragt, warum die ganze Familie so leiden müsse; merkt an, dass es die Familie bislang vermieden habe, Kontakt zur Presse aufzunehmen, dies aber – mit der Überschrift „Schwerbehinderte Oma wird von der Stadt bedroht“ – vielleicht eine Maßnahme sei

6.2 Einwohnerin 2:

- stellt sich als die Mutter des Kindes vor und erklärt, dass man zwar einen Hortplatz angeboten bekommen habe, dieser sich aber nicht in der Wunscheinrichtung befinde, in welcher die beiden Geschwisterkinder Hortplätze hätten; ist der Meinung, dass aufgrund dieser Tatsache ihr Kind dort auch Anrecht auf einen Hortplatz habe; ist ebenfalls der Meinung, der Brief der Stadtverwaltung klinge nach einem „Maulkorb“ und verweist auch auf das Schreiben zur Kenntnis für die Stadtverordneten; sagt, nach dieser Antwort hätten die Eltern einen Brief an Herrn Schlüter geschrieben, in welchem von ihnen eine zweiwöchige Antwortfrist bis zum 25.11.2025 gesetzt worden sei, welche mittlerweile ohne Reaktion verstrichen sei; berichtet, dass sie am Sitzungstag mit Herrn Schlüter telefoniert habe, der ihr zugesichert habe, dass die Beantwortung in Arbeit sei; erklärt, dass ihr konkretes Anliegen sei, dass die Hortplatzvergabe für das Schuljahr endlich ausgewertet und geprüft werde um feststellen zu können, wie die richtige Vergabe hätte sein müssen; ergänzt, dass im

vorliegenden Gerichtsbeschluss die Fehlerhaftigkeit festgestellt worden sei und stellt die Frage, warum es zu einem Bearbeitungsfehler gekommen sei; sagt, dass Herr Schlüter geäußert habe, dass zwar fehlerhaft gearbeitet aber keine falschen Plätze vergeben worden seien; bittet die StVV und den Ausschuss darum, sich des Themas anzunehmen; wünscht sich, dass der Familie Lösungen angeboten würden, da alle von den Eltern vorgeschlagenen Lösungen ignoriert worden seien; betont abschließend, dass es eine schwere, belastende Situation für die ganze Familie sei und dass für die Kinder nicht verständlich sei, warum nicht alle in einen Hort gehen könnten

Herr Zinn bittet darum die Einwohnerinnen darüber zu informieren, dass den Stadtverordneten gemäß Geschäftsordnung eine unmittelbare Reaktion unter dem aktuellen TOP nicht möglich sei. Wenn die Einwohnerinnen bis zum TOP Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung anwesend sein würden, könne das Thema dort entsprechend behandelt werden.

Herr Schlüter bestätigt, dass die Aussage, die Familie habe keinen Hortplatz erhalten, nicht stimme. In Bezug auf das zitierte Gerichtsurteil bittet Herr Schlüter um eine korrekte Wiedergabe und stellt klar, dass Antragsgegner nicht die Stadt Eberswalde, sondern der Landkreis gewesen sei. Somit sei seitens des Gerichts gegenüber der Stadt keinerlei Mitteilung erfolgt. Zudem sei laut Gerichtsbeschluss der angebotene Hortplatz angemessen und zumutbar, es sei kein Anspruch auf den Wunschhortplatz daraus ableitbar. Die Gerichtsentcheidung sei nicht zurückgenommen worden. Der Wunschhort sei sehr beliebt und es habe für das Schuljahr 2025/26 erheblich mehr Anmeldungen als verfügbare Plätze gegeben, weshalb viele Familien dort keinen Platz bekommen hätten. Herr Schlüter verwehrt sich gegen die Aussage, er habe einen Drohbrief geschrieben. Aufgrund der Tatsache, dass bei der Beantwortung von Schreiben von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Bearbeitung eingehender Anträge, wie z.B. für Hortplätze, die gesetzlichen Fristen eingehalten würden und Herr Schlüter sich am Sitzungstag zudem 19 Minuten Zeit für ein Telefonat mit der Einwohnerin genommen habe, erkenne er kein bürgerunfreundliches Verhalten. Abschließend informiert Herr Schlüter, dass im vorliegenden Fall der Antrag auf einen Hortplatz für die Stadt abschließend bearbeitet sei. Wenn keine Rückmeldung, Annahme oder Bitte um Reservierung erfolge, verfalle der Platz und ein neuer Antrag müsse gestellt werden.

6.3 Einwohnerin 2:

- antwortet, dass der Grund des längeren Telefonats am Sitzungstag die Nachfrage nach dem Erhalt des Schreibens gewesen sei, weil sie bis zum 25.11.2025 keine Antwort von der Stadtverwaltung erhalten habe; teilt mit, dass die Familie insgesamt seit dem Gerichtsurteil gegen den Landkreis vom 02.09.2025 auf eine Lösung warte und dass – nach Meinung der Einwohnerin – spätestens nach dem Gerichtsurteil eine Prüfung durch den

Landkreis und die Stadt hätte erfolgen müssen; macht deutlich, dass sie die Aussage der Stadtverwaltung, dass das Verfahren abgeschlossen sei, nicht begrüße

Herr Schlüter stellt noch einmal klar, dass der Landkreis vor Gericht Recht bekommen habe. Der Gerichtsbeschluss sei nicht gegen sondern für den Landkreis erfolgt.

Herr Jur schließt die Einwohnerfragestunde um 18:21 Uhr.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
7	Informationen aus der Stadtverwaltung	

7.1 Herr Schlüter berichtet über Folgendes:

- die zukünftigen Pläne für die Kita Regenbogen: nach der Gebäudeübernahme vor den Sommerferien 2025 liefen aktuell Baumaßnahmen zur Trockenlegung; es sei die Eröffnung einer neuen städtischen Kindertagesstätte – konkret eines Hortes – aufgrund der veränderten Bedarfslage geplant; die Eröffnung sei für August 2026 avisiert, es werde ein Bedarf bis Schuljahresende 2029 gesehen; aufgrund der Inbetriebnahme einer komplett neuen Einrichtung gebe es ein vollständiges Verfahren mit Beschluss der StVV, Erteilung der Betriebserlaubnis, Aufnahme in den Kitabedarfsplan; dies solle im zweiten Quartal 2026 durchgeführt werden

7.2 Herr Wincierz berichtet aus Amt 32 (Ordnungsamt) über Folgendes:

- die aktuelle laufende Ausschreibung für ein mobiles Blitzgerät zur Verstärkung der Geschwindigkeitsüberwachung ab August 2026

7.3 Frau Ladewig berichtet aus Amt 40 (Amt für Kindertagesstätten und städtische Grundschulen) über Folgendes:

- die folgenden derzeit laufenden Stellenbesetzungsverfahren mit bereits terminierten Bewerbungsgesprächen im Bereich der städtischen Kindertagesstätten: Leitung der Kita „Villa Kunterbunt“, stellvertretende Leitung der Kita „Sputnik“, stellvertretende Leitung der Kita „Nesthäkchen“
- die aktuellen Treffen der AG Essen zu den Losen eins bis vier: diese fänden alle von November bis Anfang Dezember statt
- den Wasserschaden in der Kita „Kinderparadies Nordend“ am 01.11.2025: hier sei der hintere rechte Hausbereich (Sport/Bewegung, zwei Gruppenräume) betroffen; eine Trockenlegung sei notwendig; der Kitabetrieb könne weiterlaufen
- die beschlossene Richtlinie zur Verlängerung des Kiez-Programms für 2026 bis 2028 für die Kita „Gestiefler Kater“ und den Hort „Die coolen Füchse“

7.4 Frau Sachse-Handke berichtet aus Amt 41 (Kulturamt) über Folgendes:

- die erfolgreiche Eröffnung der Ausstellung „Es wärmt die Form, der Stoff, das Licht“ – Ausstellung zur Messingproduktion am 14.11.2025

- die neuen Öffnungszeiten des Museums ab 01.12.2025: diese lauteten wie folgt: Dienstag 11-19 Uhr, Mittwoch-Freitag 11-17 Uhr, Samstag 13-17 Uhr, Sonntag/Montag sei geschlossen
- die erfolgreiche Stellenbesetzung für das zweijährige Museumsvolontariat ab 01.01.2026
- die hohen Besuchszahlen in der Bibliothek im Oktober: an 19 Öffnungstagen seinen insgesamt 5635 Personen vor Ort gewesen, dies seien ca. 297 Personen pro Tag
- eine Einladung zur Eröffnung des Weihnachtsmarkts am 28.11.2025, 17 Uhr, sowie zum Weihnachtssingen am 23.12.2025

7.5 Frau Schmidt berichtet aus Amt 42 (Amt für Generationen, Sport und Integration) über Folgendes:

- den Stand zur Ausschreibung zweier Stellen in der Schulsozialarbeit: es habe mehrere gute Bewerbungsgespräche gegeben, die Entscheidung sei auf zwei Bewerberinnen gefallen
- die Einladung zur Anmeldung und Teilnahme am Runden Tisch „Willkommen in Eberswalde“ am 10.12.2025, 17 Uhr: bislang sei nur eine Anmeldung eingegangen, die Anmeldung sei möglich bis zum 03.12.2025
- eine Einladung zum Besuch des Weihnachtsmarkts im Brandenburgischen Viertel am 14.12.2025

7.6 Frau Ostrowska berichtet aus Amt 83 (Zoo) über Folgendes:

- die erfolgreiche Veranstaltung „Bock auf Zoo“ am 15.11.2025 mit Rekordbeteiligung trotz Dauerregens
- eine Einladung zur Veranstaltung Weihnachtsüberraschungen im Zoo – Spaß für die ganze Familie am 23.12.2025, 10-15 Uhr
- die erfolgte Fertigstellung der Spielanlage des Indoorspielplatzes: noch ausstehend sei die Fertigstellung sowie die Lieferung des Fahrstuhls; die voraussichtliche Eröffnung sei in den Winterferien geplant
- eine erfolgreiche Erstnachzucht in der Geschichte des Zoos bei den asiatischen Zwergottern mit zwei, am 09.10.2025 geborenen, Jungtieren
- die feierliche Eröffnung des neuen Madagaskarhauses am 12.07.2025
- die aktuellen Besuchszahlen mit Stand 21.11.2025: diese beliefen sich auf 255.278 Besuchernde
- die eingenommenen Eintrittsgelder mit Stand 27.11.2025: hier sei eine Gesamtsumme von 1.778.000,00 Euro erwirtschaftet worden

7.7 Frau Affeldt berichtet aus Amt 87 (Amt für Tourismus und Familiengarten) über Folgendes:

- die Schließphase des Parkbetriebs seit 03.11.2025 sowie aktuell laufende Maßnahmen: dies seien Reparatur- und Instandhaltungsmaßnahmen, TÜV-Prüfungen, Wartungen, Bearbeitungen von Vergaben und Ausschreibungen

- die Besuchszahlen der Saison 2025: diese seien – hauptsächlich aufgrund des Wetters in der Hauptferienzeit – rückläufig gewesen, es hätten knapp 69.000 Personen den Park besucht, 16.000 weniger als im Rekordjahr 2024
- die gestiegenen Einnahmen: diese lägen aufgrund der Preiserhöhung um ca. 70.000 Euro über der Planung, aufgrund dessen erfolge die Umsetzung kleinerer Projekte wie der Bau von Fahrradständern am Schleusenkrug und einer Inklusionsschaukel
- die Auswertung des Jahres 2025 aus dem Bereich Veranstaltungsservice: es habe zehn Konzerte von externen Veranstaltern auf der Freilichtbühne gegeben sowie das Klassik-Open-Air mit einem Besuchsrekord; bei den 190 durchgeführten Veranstaltungen seien insgesamt ca. 40.000 Gäste vor Ort gewesen
- die neue Benutzungs- und Entgeltordnung für Veranstaltungsbereich ab 01.01.2026
- die bestätigten Veranstaltungsformate für das Jahr 2026: 22.03. ABBA-Revival; 25.04., 02.05., 09.05. Jugendweihen; 18.-23.05. Berufemesse "Komm auf Tour"; 31.07. Nino de Angelo; 14.08. NENA
- das erfolgreiche Voranbringen zentraler Projekte im Bereich Tourismusförderung und Tourist-Information 2025: das Augmented Reality (AR)-Projekt „Jüdisches Erbe“ stehe kurz vor dem Beginn und mache an drei Stationen erstmals die jüdische Geschichte der Stadt digital erlebbar; gemeinsam mit der städtischen Gleichstellungsbeauftragten sei das Thema barrierearmes Reisen gestärkt worden, eine inklusionsorientierte Route durch die Stadt befinde sich in der Umsetzung; ein Interreg-Projekt zur touristischen Zusammenarbeit mit Polen in Kooperation mit den Gärten von Przelewiec sei gestartet
- die erfolgreiche Etablierung neuer Angebotsformate in der Tourist-Information wie den 1. Eberswalder Spritzkuchentag, neue thematische Stadtführungen sowie die sehr gut angenommene Nachtwächterführung
- die Testphase für neue Öffnungszeiten in der Tourist-Info vom 01.12.2025 bis 31.03.2026: diese lauteten wie folgt: Montag sowie Mittwoch-Freitag 11-17 Uhr, Dienstag 11-19 Uhr, Samstag 13-17 Uhr, Sonntag sei geschlossen
- den avisierten Beitritt zum Tourismusverband Brandenburgische Seenplatte 2026 mit der Zielsetzung, Eberswalde als touristischen Leuchtturm zu positionieren

Die Informationen aus der Stadtverwaltung enden um 18:57 Uhr.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
8	Beratung über Interessenbekundung der Stadt Eberswalde zum Förderprogramm Sanierung kommunaler Sportstätten	

Herr Schlüter führt in den TOP ein und erläutert das geplante Vorgehen. Da eine Antragstellung kurzfristig bis zum 15.01.2026 zu erfolgen hätte, solle im F2 am 27.11.2025 und im F3 am 03.12.2025 zum Thema diskutiert und eine Tischvorlage für die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet werden, um daraus eine Beschlussvorlage generieren zu können. Grundlage für die Debatte sei das am 26.11.2025 per E-Mail an alle Ausschussmitglieder versandte Dokument *Analyse zur Interessenbekundung der Stadt Eberswalde zum*

Förderprogramm "Sanierung kommunaler Sportstätten". In den Augen der Stadtverwaltung sei die relevanteste Sportstätte mit Sanierungsbedarf das Sportzentrum Westend, insbesondere das Freizeitbad „baff“ aufgrund der Tatsache, dass es die einzige Schwimmhalle im weiteren Umkreis sei. Problematisch sei, dass im Haushaltsentwurf 2026/2027 wenige bis keine Eigenmittel für diesen Zweck vorgesehen seien und die Förderquote von 45 Prozent eher gering sei. Es solle darüber diskutiert werden, ob eine Antragstellung erfolgen solle oder nicht. Falls ja, müsse eine entsprechende Darstellung im Haushalt erfolgen.

Herr Wiebke teilt mit, dass die Instandsetzung der Turnhalle Hort „Die coolen Füchse“ die für ihn wichtigste Maßnahme sei.

Herr Zinn merkt positiv an, dass Sport- und Freizeitzentrum insgesamt betrachtet worden sei und nicht nur das „baff“. Er vermisse jedoch den bereits von ihm thematisierten Punkt Barrierefreiheit in den Ausführungen. Die Grundidee werde von ihm und seiner Fraktion unterstützt. Für einen entsprechenden Erfolg bei der Antragstellung empfiehlt Herr Zinn die Einbindung externer Expertinnen und Experten.

Herr Fischer teilt mit, dass er eine Antragstellung befürworte. Da die Mittel im Haushalts-Ausschuss des Bundestags vergeben würden, sei wichtig, dass örtliche Bundestagsabgeordnete sich dafür einsetzten. In Hinblick auf die Finanzierbarkeit der Eigenanteile regt Herr Fischer an, diese anteilig aus Sondervermögen für die Stadt Eberswalde zu beziehen. Die vorliegende Priorisierung sei nachvollziehbar und er schließe sich Herrn Schlüters Empfehlung für die Sanierung des „baff“ an.

Herr Mikolaszek informiert, dass seine Fraktion die Projekte Turnhalle Grundschule Finow und Turnhalle Hort „Die coolen Füchse“ priorisiere.

Herr Wolfgramm ist ebenfalls der Meinung, dass die Sanierung des „baff“ Priorität habe und regt an, zur Erhöhung der Eigenmittel ggf. bereits geplante Positionen aus dem Haushalt zurückziehen und für diese nach alternativen Fördermöglichkeiten zu suchen, wie z.B. beim Kassenhaus Zoo.

Herr Knoll befürwortet ebenfalls die „baff“-Sanierung sowie den Vorschlag der Rückstellung bereits geplanter Mittel.

Herr Jur führt aus, dass er eine historische Chance für die Stadt sehe, große Mittel nutzen zu können. Er habe ebenfalls bereits erfragt, ob eine Komplementärfinanzierung über das Sondervermögen möglich sei. Auch er sei dafür, die Sanierung des „baffs“ in die Wege zu leiten.

Herr Schlüter ergänzt, dass die Stadt keine Priorisierung unter den vier Projekten vorgenommen habe. Die energetische Sanierung des „baff“ sei aus ökologischen Gründen sinnvoll, aufgrund der im Positionspapier aufgeführten, eher optimistischen Amortisationszeit von

21 Jahren jedoch rein monetär nicht wirtschaftlich. Zudem sei die Sanierung nicht unmittelbar notwendig und der hohe Eigenanteil für die Stadt nicht leistbar.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9	Anfragen, Anregungen und Informationen von Fraktionen und Ausschussmitgliedern sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Vertreter/innen der Ortsbeiräte, den Vertreter/innen der Beiräte gemäß Hauptsatzung und den Beauftragten gemäß Hauptsatzung	

Herr Jur informiert, dass die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke zu begonnen und geplanten Investitionen (AF/0056/2026), TOP 11.1 in der Sitzung des F2 am 15.10.2025 am 23.10.2025 postalisch erfolgt sei. Das Schreiben sei unter dem TOP zur Sitzung im Bürgerinformationssystem eingestellt.

Herr Schlüter beantwortet mehrere offene Anfragen aus der Sitzung des F2 vom 15.10.2025:

Herr Zinn habe um Klärung gebeten, ob es kommunalrechtlich korrekt sei, kurzfristig eine Beschlussfassung und die damit verbundenen Zeitschienen mit einer anderen Beschlussfassung aufzuheben. Die Antwort laute, dass dies korrekt sei. Ein Beschluss könne durch einen Beschluss verändert werden. Sicherheitshalber könne im Beschlusstext noch ein Satz eingefügt werden, dass damit der Beschluss mit dem Auftrag zur Überarbeitung der Kulturförderrichtlinie erledigt sei.

Des Weiteren habe Herr Zinn angefragt, ob bei der Organisation des Weihnachtsmarktes die Frage der Musikauswahl in diesem Jahr besser geklärt sei, insbesondere was das Abspielen klassischer, (deutscher) Weihnachtslieder anbelange und ob der Weihnachtsmarkt zeitlich deutlich näher an Weihnachten heran bzw. bis einschließlich Weihnachten stattfinden könne und nicht so früh im Advent. Hierzu teilt Herr Schlüter mit, dass die Sachgebietsleitung den Wunsch nach dem "Abspielen klassischer (deutscher) Weihnachtslieder" bereits an die Technik weitergegeben habe. Der Weihnachtsmarkt finde vom 28.11. bis 07.12.2025 als zentrales weihnachtliches Einstimmen statt. Da im Anschluss weitere Weihnachtsmärkte in verschiedenen Eberswalde Stadtteilen stattfänden, welche zum Teil durch viele ehrenamtlich tätige Personen organisiert würden, wolle die Stadt keinesfalls in Konkurrenz zu diesen Formaten treten. Außerdem verleihe das Kulturstadamt in den Wochen nach dem Weihnachtsmarkt das eigene Equipment, welches für den Markt genutzt werde, an die Stadtteile.

Eine dritte Frage von Herrn Zinn sei gewesen, ob es stimme, dass die Kita Arche Noah den Club am Wald vormittags nicht mehr nutzen dürfe. Hier stellt Herr Schlüter klar, dass kein "Nutzungsverbot" des Clubs am Wald durch die Kita/Hort "Arche Noah" bestehe, sondern Klärungsbedarf, welche personellen und zeitlichen Ressourcen beiderseitig machbar/nutzbar seien. Dazu werde es kurzfristig einen Austausch zwischen dem Sachgebiet Jugend und Sport/Club am Wald und Kita/Hort geben.

Herr Banaskiewicz hatte sich erkundigt, wann die Anträge für den Ehrenamtspass bearbeitet würden. Herr Schlüter informiert, dass die Bearbeitung der Anträge für die Ehrenamtskarte in Verbindung mit der Beantragung eines Mobilitätzuschusses entsprechend der Richtlinie zur Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements der Stadt Eberswalde in der Regel innerhalb von vier Wochen erfolgen würde. Durch Urlaub und Krankheit sei es zwischenzeitlich zu einer etwas längeren Bearbeitungszeit gekommen, aktuell seien alle Anträge bearbeitet.

Herr Banaskiewicz habe zudem darauf aufmerksam gemacht, dass bei TOP 12.1 BV/0209/2025 Förderung von werterhaltenden und wertsteigernden Maßnahmen im Sport - hier: Antrag auf Zuschuss des Eberswalde Sportclub e. V./Abteilung Rudern für den Bau einer neuen Steganlage (investive Sportförderung) ein abweichender Einzel- bzw. Gesamtpreis aufgeführt sei. Herr Schlüter stellt richtig, dass der korrekte Gesamtpreis den Betrag von 15.960 Euro ausweise, welcher auch bei der Bescheiderstellung maßgeblich gewesen sei. Es sei ein Excel-/Schreibfehler aufgetreten.

9.1 Herr Mikolaszek:

- teilt mit, dass im Jugendhilfeausschuss des Landkreises die Etablierung einer Kinderschutzambulanz Thema sei; erfragt den diesbezüglichen Kenntnisstand und die Einbindung der Stadt

Herr Schlüter antwortet, dass zu diesem Thema keine Antwort möglich sei, da keine Informationen vorlägen.

9.2 Herr Zinn:

- regt an, das Thema Schließzeiten in der Sitzung des F2 am 04.03.2026 zu behandeln und dazu die Vertretung des Kita-Elternbeirats der Stadt und des Landkreises sowie die Vertretung der Stadtverwaltung zur Sitzung einzuladen
- teilt mit, dass er gewünscht hätte, dass folgende Beschlussvorlagen aus der Sitzung des Hauptausschusses am 04.12.2025 ebenfalls im F2 behandelt würden: BV/0258/2025 Öffentliches Ausschreibungsverfahren – Bewachung Zoo und BV/0281/2025 Offenes Vergabeverfahren – Rahmenvertrag für die Miete von öffentlichen Trenntoiletten; erfragt zu letzterer, ob eine Installation von Toiletten auch im Barnimpark möglich sei und nicht nur im Märkischen Park, wie in der Beschlussvorlage vorgesehen
- erkundigt sich, wie es im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft mbH des Landkreises Barnim (WITO) im Bereich Tourismus weitergehe

Herr Jur teilt mit, dass die Anregungen mitgenommen würden.

Herr Mikolaszek verlässt die Sitzung um 19:25 Uhr, **9 Stimmberechtigte**.

Herr Mikolaszek nimmt ab 19:29 Uhr wieder an der Sitzung teil, **10 Stimmberechtigte**.

9.3 Herr Wrase:

- fragt nach, ob es stimme, dass sich das Bauvorhaben in der Turnhalle der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule verzögere

Herr Schlüter bestätigt, dass dies korrekt sei, da zwei Vergabevorgänge nicht funktioniert hätten. Mittlerweile seien die Probleme gelöst, die Fertigstellung erfolge voraussichtlich Ende Februar 2026

9.4 Herr Banaskiewicz:

- erfragt, ob die neu installierten Parkautomaten mit demselben Personal bedient werden könnten wie die alten
- bittet Bezug nehmend auf die Einwohnerfragestunde um Information, ob es in der Kita mehrere Anträge für Geschwisterkinder gegeben hätte, die ebenfalls abgelehnt worden seien

Herr Schlüter antwortet, dass der Betrieb der Parkautomaten nicht im Bereich des Ordnungsamtes, sondern im Bauhof angesiedelt sei. Die Frage nach den Anträgen für Geschwisterkinder werde mitgenommen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.1	Fraktion Bündnis Eberswalde: Herausforderung durch Schließzeiten in Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde	AF/0059/2025

Herr Schlüter informiert, dass die Beantwortung der Anfrage mit großem Aufwand verbunden sei und schriftlich erfolgen werde. Des Weiteren weist Herr Schlüter darauf hin, dass das Thema im Jahr 2026 auf die Tagesordnung des F2 kommen solle.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
9.2	*Fraktion SPD BfE: Zukunftsfähige Bildung in Eberswalde: Zustand des Schulbudgets und der Infrastruktur (Bruno-H-Bürgel-Schule)	AF/0060/2025

Herr Schlüter beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu 1. (Wie hoch sind die jährlichen Schulbudgets der Grundschulen und wie haben sich diese Budgets in den letzten 5 Jahren entwickelt?)

Die Budgets für das Jahr 2025 beliefen sich auf 131.800 Euro für die Grundschule Schwärzensee, 75.300 Euro für die Grundschule Finow sowie 97.600 Euro für die Bruno-H.-Bürgel-Grundschule. Diese Budgets stünden für Honorare, Lehrmittel, Beförderungsentgelte, Bürobedarf, Post- und Fernmeldegebühren sowie Werterhaltungsmaßnahmen zur Verfügung und seien aufgrund unterschiedlicher Bedarfe in den Schulen teilweise sehr unterschiedlich. Hinzu kämen noch jeweils 4.200 Euro für Maschinen, Geräte, Ausrüstungsgegenstände (MGA).

Zu 2. (Wie hoch sind die zusätzlich entstandenen Kosten auf Grund von außerplanmäßigen Projekten/Notlösungen an der Bruno-H.-Bürgel-Grundschule und wie wurden diese Kosten gedeckt?)

Für die Nutzung der Sporthalle Westend seien ca. 1.600 Euro an die Technische Werke Eberswalde GmbH (TWE) zu entrichten gewesen. Dies sei finanziert worden aus nicht in Anspruch genommenen Kosten für das Schwimmen, es sei also vorhandenes Geld genutzt worden. Auf Wunsch der Schulleitung sei kurzfristig der Bau einer Zaunanlage für ca. 40.800 Euro realisiert worden. Die Finanzierung erfolge über Minderausgaben bei den Betriebskosten. Durch das Schulbudget finanziert worden seien der Umbau der Küche für ca. 4.000 Euro sowie ein Klassensatz Möbel für ca. 7.400 Euro.

Zu 3. (Welche Mittel stehen den einzelnen Schulen für dieses Jahr in ihrem Schulbudget noch zur Verfügung?)

Der Grundschule Schwärzensee stünden aktuell bis zum Jahresende noch 26.100 Euro plus 3.500 Euro für MGA zur Verfügung. Bei der Grundschule Finow belaufe sich der Betrag auf 300 Euro plus 76.700 Euro für MGA, teilweise aus Ermächtigungsübertragungen (EÜ). Die Investition dieser Mittel sei bereits konkret verplant. Die Bruno-H.-Bürgel-Grundschule verfüge über Restmittel von 9.800 Euro plus 8.640 Euro für MGA, ebenfalls teilweise aus EÜ.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10	Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)	
10.3	Vereinbarung zwischen der Stadt Eberswalde und der Bürgerstiftung Barnim Uckermark über den Betrieb der Freiwilligenagentur Eberswalde	BV/0272/2025

Herr Jur begrüßt Herrn Rödl, Referent für Bürgerkontakt und Vereinsleben der Stadt Eberswalde.

Herr Zinn teilt mit, dass er die Beschlussvorlage „Fortschreibung der Vereinbarung...“ betitelt hätte. Er regt an, im Antrag die Stundenzahl auf 20 Stunden sowie die Sachkosten von 5.000 Euro auf 8.000 Euro zu erhöhen.

Herr Rödl teilt mit, dass die Anregung mitgenommen werde.

Alle weiteren Nachfragen wurden beantwortet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt dem Hauptausschuss folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Vereinbarung mit der Bürgerstiftung Barnim Uckermark über den Betrieb der Freiwilligenagentur Eberswalde einzugehen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.4	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Eisenherz e.V. - Kaltmietkosten	BV/0256/2025

Herr Jur begrüßt Frau Blümel von Eisenherz e. V.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Frau Blümel führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Zinn lobt die vorliegende Beschlussvorlage und bittet darum, dass alle folgenden Antragstellenden das Mikrofon am Rednerpult nutzen mögen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Kaltmietkosten der Räume für die Vereinsarbeit des Eisenherz e.V. in Höhe von 14.134,26 € für den Zeitraum 01.01.2026 – 31.12.2027 vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.5	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Schutzengelwerk	BV/0262/2025

Die Beschlussvorlage wurde vom Einreicher vorab zurückgezogen.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.6	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. - Personalkosten Begegnungsstätte Bahnhofstraße	BV/0263/2025

Herr Jur begrüßt Frau Slanina vom Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Frau Slanina führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Zinn teilt mit, dass er der Vorlage zustimme, jedoch dringend anrege, das Thema der geringfügigen Beschäftigung bei den Mitarbeitenden vor Ort zu überdenken, da die Tätigkeit weit über eine Geringfügigkeit hinausginge.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Personalkosten für die Betreuung der Begegnungsstätte Finow des Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e.V. in Höhe von 6.512,00 EUR für den Zeitraum vom 01.01. – 31.12.2026 vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.7	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - AWO Beratungsstelle - Sach- und Personalkosten	BV/0265/2025

Herr Jur begrüßt Frau Kapler vom Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Barnim e. V. (AWO).

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Frau Kapler führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Fischer teilt mit, dass er aus Gründen der Befangenheit nicht an der Abstimmung teilnehmen werde, **9 Stimmberechtigte**.

Alle Nachfragen wurden beantwortet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Sach- und Personalkosten für die Beratungsstelle der AWO in Höhe von 6.301,76 EUR für den Zeitraum vom 01.01. – 31.12.2026 vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.8	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - AWO Beratung - Mietkosten	BV/0266/2025

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Herr Fischer nimmt aus Befangenheitsgründen nicht an der Abstimmung teil, **9 Stimmbe-rechtigte**.

Alle Nachfragen wurden beantwortet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Mietkosten für die AWO Beratungsstelle in Höhe von 3.221,55 EUR für das Jahr 2026 vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.9	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Kontakt Eberswalde e.V. - Miet- und Betriebskosten	BV/0270/2025

Herr Jur begrüßt Frau Dessert von Kontakt Eberswalde e. V.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Frau Dessert führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Herr Zinn verweist auf die in Anlage 2 Begründung Mieterhöhung zur Beschlussvorlage auf die nicht unerheblich gestiegene Summe der Betriebskosten des Vereins.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt die Förderung der Miet- und Betriebskosten des Kontakt Eberswalde e.V. in Höhe von 6.686,00 EUR im Jahr 2026 vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.10	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Palanca e.V. - Beratungs- und Bildungsangebot	BV/0271/2025

Herr Jur begrüßt Herrn Munjunga von Palanca e. V.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Herr Munjunga führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Aufwandsentschädigungen in Höhe von jeweils 2.800,00 EUR für die Jahre 2026 und 2027 für das Projekt „Weiterführung der Beratungs- und Bildungsangebote für Geflüchtete“ des Palanca e.V.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.11	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Palanca e.V. - Miet- und Betriebskosten	BV/0284/2025

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Miet- und Betriebskosten für den Palanca e.V. für die Jahre 2026 und 2027 in Höhe von jeweils 7.797,60 EUR vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.12	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Solis e.V. - Projekt "Schenke"	BV/0276/2025

Herr Jur begrüßt Herrn Rossow von Solis e. V.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Herr Rossow führt kurz in die Beschlussvorlage ein.

Alle Nachfragen wurden beantwortet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Projektkosten für die Betreibung des Leih- und Verschenkeladen „Schenke“ des Solis e.V. für das Jahr 2026 in Höhe von 10.930,40 EUR vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.13	Förderung gemäß Sozialförderrichtlinie - Brot & Hoffnung e.V. - Miet- und Betriebskosten	BV/0279/2025

Herr Jur begrüßt Frau Wienke von Brot & Hoffnung e. V.

Abstimmungsergebnis zum Rederecht: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Miet- und Betriebskosten zur Aufrechterhaltung der Tafel Eberswalde des Brot & Hoffnung e.V. für das Jahr 2026 in Höhe von 10.000,00 EUR vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschlusses 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.14	Förderantrag gemäß Sozialförderrichtlinie - Brot & Hoffnung e.V. - Projektkosten Tafel Eberswalde	BV/0282/2025

Abstimmungsergebnis: einstimmig befürwortet

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt eine Förderung der Projektkosten des Brot und Hoffnung e.V. zur Abholung gespendeter Lebensmittel in Höhe von 5.000,00 EUR für das Jahr 2026 vorbehaltlich eines den Zuschuss umfassenden Haushaltsbeschluss 2026/2027.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.1	Haushaltssatzung 2026/2027	BV/0257/2025

Herr Jur informiert, dass folgende Änderungsanträge an alle Ausschussmitglieder übersandt bzw. verteilt worden seien:

1. „Verstärkung der Ärzteförderung“ sowie der geänderte Änderungsantrag von den Fraktionen SPD|BfE und CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim
2. „Aufstockung der Förderung zur Sanierung und Ausbau von Geh- und Radwegen“ von den Fraktionen SPD|BfE und CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim
3. „Aufstockung der Kulturförderrichtlinie“ von der Fraktion SPD|BfE
4. „Erhöhung des Bürgerbudgets 2026/2027“ von der Fraktion Die Linke
5. „Bürgerbudget“ von der Fraktion CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim

6. „Familiengarten“ von der Fraktion Die Linke
7. „Schulsozialarbeit an der Grundschule Finow“ von der Fraktion Die Linke
8. „Zoo Eberswalde“ von der Fraktion Die Linke
9. „Jugendarbeit/Jugendförderrichtlinie“ von der Fraktion Die Linke
10. „Mobile Sozial- und Mieterberatung“ von der Fraktion Die Linke

Herr Berendt führt in die Beratung zur Haushaltssatzung 2026/2027 ein und teilt mit, dass zur vorliegenden Haushaltssatzung ein vorgelagerter verwaltungsinterner Entwicklungsprozess zu Jahresbeginn stattgefunden habe. Dieser Prozess sei nach Bekanntgabe der Orientierungsdaten des Landes am 20.08.2025 erneut aufgenommen worden, da pro Jahres-scheibe Mindererträge im Umfang von ca. zwei Millionen Euro zu verzeichnen waren. Dies habe im Ergebnis dazu geführt, dass einige Maßnahmen zeitlich in der Planung über das Jahr 2029 hinausgeschoben werden mussten. Für eine frühestmögliche Einbindung und Information der Stadtpolitik über den Haushaltsentwurf sei am 09.10.2025 ein Dialog-Forum angeboten worden. In der Folge habe die Möglichkeit bestanden, im Rahmen der Haushaltsberatungen der Fraktionen mit dem Kämmerer in Austausch zu treten. Vor dem Einstieg in die Beratungen in den einzelnen Gremien sei der Stadtpolitik eine Gesamtpräsentation (**Anlage 2**) für alle Arbeitsbereiche der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt worden. In den jeweiligen Fachausschüssen würden dann die spezifischen Dezernatsämter mit den erheblichen Abweichungen vorgestellt. Zielsetzung sei es, die vorliegende Haushaltssatzung 2026/2027 im laufenden Jahr zu verabschieden, um allen Akteurinnen und Akteuren in der Stadt Klarheit, Kontinuität und Verlässlichkeit für das beginnende Haushaltsjahr 2026 zu bieten. Rahmenbedingungen für den Planungsprozess stellten die bereits erwähnte Orientierungsdaten vom 20.08.2025 sowie die letzten – auch regionalisierten – Steuerschätzungen dar. Unberücksichtigt sei bisher das Sondervermögen geblieben, da hier – seitens des Normengebers – noch nicht alle Regularien abschließend festgelegt worden seien. Mit Blick auf die aktuell zum Entwurf der Haushaltssatzung 2026/2027 vorliegenden Änderungsanträge weist Herr Berendt darauf hin, dass bei einer Zustimmung zu allen vorliegenden Änderungsanträgen der vorliegende Haushalt nicht abstimmungsfähig sei, da eine ausreichende planerische Liquidität nicht dargestellt werden könne. Es werde darum gebeten, dies bei den inhaltlichen Beratungen zu den vorliegenden Änderungsanträgen zu berücksichtigen. Es werde weiterhin darauf hingewiesen, dass der vorliegende Haushaltsentwurf die Gewährleistung der Kernaufgaben der Stadt sowie die Funktionsfähigkeit der Gesamtverwaltung und der einzelnen Aufgabenbereiche im Fokus habe. Der Entwurf sei ausgewogen und ausgleichend erarbeitet worden. Insbesondere sei der vorliegende Umfang des Stellenplanes auskömmlich gestaltet, beendet Herr Berendt seine Ausführungen.

Anhand der Präsentation Haushaltsplanung 2026/2027 (**als Anlage 2 nur im Bürgerinformationssystem abrufbar**), Seiten 38-62, erläutert Herr Schlüter die dezernatsspezifischen Haushaltsplanungen.

Herr Zinn teilt mit, dass er das Einreichen weiterer Änderungsanträge durch die Fraktion Die Linke nach der Debatte im F1 am 25.11.2025 kritisch sehe. Der Haushalt sei damit überzeichnet, zudem hätten die Anträge den Stadtverordneten früher zur Verfügung stehen müssen. Generell hätte Herr Zinn es als wünschenswert erachtet, wenn es mehr und rechtzeitige Aktivitäten und Möglichkeiten zu einem entsprechenden Austausch gegeben hätte. Abschließend informiert Herr Zinn, dass er keinem der eingereichten Änderungsanträge in der Sitzung seine Zustimmung erteilen werde.

Herr Wolfgramm regt die Zusammenlegung der beiden Änderungsanträge zum Bürgerbudget der Fraktion Die Linke (4. Änderungsantrag) und der Fraktion CDU/FDF/Bürgerfraktion Barnim (5. Änderungsantrag) an.

In einer anschließenden Diskussion wurden alle Nachfragen beantwortet.

1. Änderungsantrag „Verstärkung der Ärzteförderung“ sowie der geänderte Änderungsantrag von den Fraktionen SPD|BfE und CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim

Abstimmungsergebnis im F1 am 25.11.2025: mehrheitlich befürwortet

Herr Berendt führt aus, dass die Satzung zur Ärzteförderung in der Stadt auslaufe. Die Kassenärztliche Vereinigung habe neue Förderungsoptionen auf den Weg gebracht bzw. plane weitere. Der Änderungsantrag beinhalte eine Steigerung in Höhe von 25.000 Euro pro Jahresscheibe auf 75.000 Euro jährlich. In Hinblick auf den Umfang der förderfähigen Anträge sei das Volumen von 50.000 Euro pro Jahresscheibe auskömmlich gewesen, weshalb diese Summe auch die Empfehlung der Verwaltung sei.

Herr Fischer teilt mit, dass der vorliegende Änderungsantrag für die aktuelle Abstimmung unverändert bleibe, die einreichenden Fraktionen sich für den Hauptausschuss und die StVV jedoch über die Höhe der Summe beraten würden. Grundsätzlich sei das klare Ziel die Weiterführung der Ärzteförderung.

Abstimmungsergebnis zum 1. Änderungsantrag: abgelehnt

2. Änderungsantrag „Aufstockung der Förderung zur Sanierung und Ausbau von Geh- und Radwegen“ von den Fraktionen SPD|BfE und CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim

Abstimmungsergebnis im F1 am 25.11.2025: mehrheitlich befürwortet

Herr Fischer betont die Notwendigkeit des Änderungsantrages, da es u.a. einige bauliche Dringlichkeiten in diesem Bereich gebe. Herr Fischer bittet um Zustimmung und sichert – Bezug nehmend auf eine bereits erfolgte Rücksprache mit der Verwaltung zum Thema – zu, dass die Fraktionen bzgl. der konkreten Summe in Diskussion gehen würden.

Herr Berendt erläutert, dass in den Planungen bereits eine Anpassung im Unterschied zum Haushalt 2024/2025 von bisher 400.000 auf 600.000 Euro vorgenommen worden sei. Das Fachamt habe dazu rückgemeldet, dass es sich bei dieser Summe um gutes Volumen für die Arbeit auch bei Preissteigerungen handele. In Hinblick auf den Gesamthaushalt sei mit dem vorliegenden Vorschlag die Grenze des Leist- und Machbaren erreicht. Der Vorschlag der Verwaltung laute, für die Jahresscheibe 2026 50.000 Euro zusätzlich in die Planungen aufzunehmen. Sofern diese nicht verbaut würden, könnten diese ins Folgejahr übernommen werden. Für die Jahresscheibe 2027 sei keine weitere Aufstockung zu den bisherigen 600.000 Euro vorgesehen.

Herr Zinn stimmt Herrn Berendt zu und teilt mit, dass er sich ebenfalls im Fachamt erkundigt hätte. Sollten mehr Mittel zur Verfügung stehen als geplant, wäre für die Realisierung aller Projekte die Besetzung einer zweiten Stelle notwendig.

Abstimmungsergebnis zum 2. Änderungsantrag: mehrheitlich befürwortet

3. Änderungsantrag „Aufstockung der Kulturförderrichtlinie“ von der Fraktion SPD|BfE

Abstimmungsergebnis im F1 am 25.11.2025: mehrheitlich befürwortet

Herr Fischer begründet den Änderungsantrag damit, dass seine Fraktion damit die Stärkung der Kulturlandschaft, auch für kleine und mittlere Projekte, anstrebe.

Herr Schlüter informiert, dass die Verwaltung den Antrag grundsätzlich begrüßenswert fände. Der Vorschlag laute, eine Summe von 24.000 Euro pro Jahr aufzurufen. Herr Schlüter erläutert dazu, dass 150.000 Euro in der Planung für die Kulturförderung vorgesehen seien, davon 24.000 Euro an Mietkostenförderung per Beschluss davon abgezogen würden. Mit dem Vorschlag der Verwaltung wäre dann wieder die Ausgangssumme von 150.000 Euro erreicht.

Abstimmungsergebnis zum 3. Änderungsantrag: mehrheitlich befürwortet

Herr Banaskiewicz verlässt die Sitzung um 21:10 Uhr, **9 Stimmberechtigte**.

4. Änderungsantrag „Erhöhung des Bürgerbudgets 2026/2027“ von der Fraktion Die Linke

Herr Jur greift Herrn Wolfgramms Anregung auf und lässt darüber abstimmen, den 4. und den 5. Änderungsantrag der Fraktionen Die Linke bzw. CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim gemeinsam zu beraten.

Abstimmung über eine gemeinsame Diskussion des 4. und 5. Änderungsantrags zum Bürgerbudget: einstimmig zugestimmt

Frau Hoffmann begründet den Antrag damit, dass viele kleinere Initiativen, bei welchen bereits Kleinstbeträge große Wirksamkeit zeigen könnten, keine Förderung erhielten. Eine Aufstockung sei ein Beitrag zur Unterstützung einer direkten Beteiligung.

Herr Jur teilt mit, dass die Fraktion mit dem Antrag beabsichtige, das alte Niveau aus den Jahren vor der Haushaltssperre 2023 wieder zu erreichen und der großen Beteiligung an der Auslosung zum Bürgerbudget gerecht zu werden.

Herr Wiebke regt an zu prüfen, ob die Abstimmungsform für das Bürgerbudget ausreichend gerecht sei oder ob das Format überdacht werden müsse.

Herr Berendt weist auf einen qualitativen Unterschied bei den beiden Änderungsanträgen hin: Die Fraktion Die Linke beantrage eine Erhöhung um 50.000 Euro pro Jahr, die CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim 50.000 Euro für 2027 und fortfolgende. Eine Erhöhung für 2026 sei nicht mehr zielführend und realisierbar, da sich die Abstimmung am Tag der Entscheidung 2025 auf das Folgejahr bezogen habe. Dies werfe die Frage auf, ob Die Linke ihren Antrag entsprechend anpassen würde. In Hinblick auf das Abstimmungsformat teilt Herr Berendt mit, dass die bestehende Satzung im Fachausschuss zur Debatte aufgerufen werden könne, um ggf. Modifikationen vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis zum 4. Änderungsantrag: mehrheitlich befürwortet

5. Änderungsantrag „Bürgerbudget“ von der Fraktion CDU/FDP/Bürgerfraktion Barnim

Abstimmungsergebnis zum 5. Änderungsantrag: mehrheitlich befürwortet

6. Änderungsantrag „Familiengarten“ von der Fraktion Die Linke

Herr Schlüter informiert, dass die Verwaltung vorschlage, diesem Änderungsantrag mit Blick auf den Gesamthaushalt der Stadt Eberswalde zum aktuellen Zeitpunkt nicht zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis zum 6. Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

7. Änderungsantrag „Schulsozialarbeit an der Grundschule Finow“ von der Fraktion Die Linke

Herr Schlüter teilt mit, dass die Verwaltung diesem Antrag zustimmen könne. Es seien bereits Transferleistungen für einen externen Träger, der die Schulsozialarbeit durchführe,

eingepplant. Ein bestehender Vertrag laufe im Sommer aus, hier müsse ohnehin ein Vergabeverfahren durchlaufen werden. Die Schaffung neuer Stellen, welche in der Verwaltung und nicht bei einem externen Träger angesiedelt seien, wäre aufwandsneutral, da das Geld eingeplant sei, die Stellen jedoch nicht.

Herr Berendt ergänzt, dass die Abbildung dieses Vorgangs als Kompensationsvorschlag dargestellt werde, aus dem nachvollziehbar ersichtlich sei, dass es für die Liquidität bzw. den Finanzhaushalt wertneutral sei.

Herr Zinn fragt nach, ob an der Grundschule Finow nicht mit den Mitteln aus dem Startchancen-Programm eine 75-Prozent-Stelle geschaffen werden könne.

Herr Schlüter teilt mit, dass an der Grundschule Finow bereits eine Stelle aus Startchancen-Mitteln finanziert werde.

Abstimmungsergebnis zum 7. Änderungsantrag: mehrheitlich befürwortet

8. Änderungsantrag „Zoo Eberswalde“ von der Fraktion Die Linke

Herr Banaskiewicz nimmt ab 21:20 Uhr wieder an der Sitzung teil, **10 Stimmberechtigte**.

Herr Schlüter gibt bekannt, dass die Verwaltung den Antrag nicht grundsätzlich ablehne, zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht zustimme, da derzeit eine Personalbedarfsanalyse für den Zoo laufe, welche noch nicht abgeschlossen sei. Die Verwaltung gehe davon aus, dass es einen Nachtragshaushalt geben werde, wenn das Sondervermögen des Bundes bekannt sei und schlage vor, das Thema bis zu diesem Zeitpunkt zu vertagen.

Herr Zinn informiert, dass ihm die Tatsache, dass der Zoo Personalbedarf habe, neu sei. In Frau Ostrowskas Berichten im F2 im Jahr 2025 sowie in der letzten Sitzung des Zoobeirates sei keine Rede davon gewesen. Herr Zinn hätte sich eine deutlich frühere Information des Ausschusses gewünscht, um Gelegenheit für eine ausführliche Analyse zu haben. Gleiches gelte für das Eingangsgebäude des Zoos, welches Herrn Zinns Meinung nach nicht in ausreichender Form im F2 besprochen worden sei.

Herr Schlüter antwortet, dass die Personalsituation durch Frau Ostrowska kommuniziert worden sei. Gleichzeitig sei die Verwaltung haushalterischen Zwängen unterworfen, weshalb dieser Vorschlag unterbreitet werde.

Abstimmungsergebnis zum 8. Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

9. Änderungsantrag „Jugendarbeit/Jugendförderrichtlinie“ von der Fraktion Die Linke

Frau Hoffmann erläutert, dass die Fraktion in diesem Feld großen Handlungsbedarf sehe, z.B. was eine zukünftige Schaffung von Orten für Jugendliche anbelange.

Herr Schlüter merkt an, dass die im Haushaltsentwurf veranschlagte Summe für die Jugendarbeit aus dem Fachamt stamme und diese als auskömmlich erachtet werde. Da die Verwaltung einen größeren Bedarf bei der Kulturförderung und beim Bürgerbudget sehe, laute der Vorschlag, den Antrag abzulehnen.

Abstimmungsergebnis zum 9. Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

10. Änderungsantrag „Mobile Sozial- und Mieterberatung“ von der Fraktion Die Linke

Frau Hoffmann führt aus, dass ihre Fraktion einen erhöhten Bedarf in diesem Bereich sehe. Bereits bestehende positive Beispielformate könnten so sinnvoll ergänzt werden.

Herr Schlüter antwortet, dass die Stadt keinen Anlass dafür sehe, ein gesondertes städtisches Programm zu initiieren bei einer Aufgabe, für die der Landkreis zuständig sei.

Abstimmungsergebnis zum 10. Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung zur Beschlussvorlage mit den befürworteten Änderungen:

Abstimmungsergebnis im F1 am 25.11.2025: einstimmig befürwortet

Herr Berendt informiert, dass die Haushaltssatzung nach der Beratung aller vorliegenden Änderungsanträge beschluss- und genehmigungsfähig wäre. Demnach stünden zum Ende der Jahresscheibe 2027 50.274 Euro zur Verfügung, für 2028 beläufte sich die Summe auf 60.359 Euro. Herr Berendt gibt jedoch zu bedenken, dass im F2 der Änderungsantrag zur Verstetigung der Ärzteförderung abgelehnt worden sei. Sollte sich diesbezüglich in den weiteren Ausschüssen ein anderes Stimmungsbild zeigen, wäre eine Liquidität mit den in der heutigen Sitzung aufgerufenen Summen nicht mehr gegeben. In diesem Fall müsste eine Verständigung darüber stattfinden, an welcher Stelle ein Ausgleich stattfinden könne.

Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage: mit Änderung einstimmig befürwortet

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Haushaltssatzung 2026/2027 der Stadt Eberswalde mit ihren Bestandteilen und Anlagen nach § 65 Abs.1 und 2 sowie § 66 Abs.1

und 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg und § 3 der Kommunalen Haushalts- und Kassenverordnung des Landes Brandenburg (KomHKV).

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
10.2	Änderung der Kulturförderrichtlinie	BV/0234/2025

Herr Jur informiert, dass im F2 am 15.10.2025 eine 1. Lesung stattgefunden habe. Die Verwaltung als Einreicherin der Beschlussvorlage habe mitgeteilt, dass in der Anlage 1 auf der letzten Seite das Datum „00.00.2025“ gestrichen werden müsse.

Herr Schlüter weist darauf hin, dass im Nachgang zur 1. Lesung die Möglichkeit einer Förderung über zwei Jahre eingefügt worden sei. Zudem seien redaktionelle Fehler behoben worden, dies sei alles in der Synopse ersichtlich. Die Beschlussvorlage sei in der vorliegenden Form beschlussfähig.

Herr Zinn teilt mit, dass er seine Frage, ob es kommunalrechtlich korrekt sei, kurzfristig eine Beschlussfassung und die damit verbundenen Zeitschienen mit einer anderen Beschlussfassung aufzuheben, als nicht beantwortet erachte und dass er bis zum 10.12.2025 eine entsprechende Antwort aus dem Rechtsamt zu erhalten wünsche.

Zum vorliegenden Entwurf der Kulturförderrichtlinie schlägt Herr Zinn vor, ergänzend zwei Passagen einzufügen. Dies beträfe zum einen die Frage danach, was passiere, wenn der Ausschuss einen Antrag ablehne, die Verwaltung jedoch nicht. Hier sollte – laut Herrn Zinn – festgelegt werden, welches Gremium die finale Entscheidung träfe (z.B. der Hauptausschuss). Zum anderen solle ergänzt werden, bis zu welcher Größenordnung Finanzierungen von Stadtteilvereinen genehmigt würden, da dies bislang nicht verbindlich geklärt sei.

Herr Schlüter informiert, dass Herr Zinn nicht befugt sei, das Rechtsamt zu beauftragen. Er könne den Bürgermeister um Prüfung bitten. Dieser würde dann ggf. entscheiden, welche Stelle eine Anfrage prüfe. Herrn Zinns Frage sei von Herrn Schlüter fachlich und rechtlich korrekt beantwortet worden. Zu Herrn Zinns Ergänzungswünschen für die Kulturförderrichtlinie teilt Herr Schlüter mit, dass die Politik darüber beraten und ggf. Änderungsanträge einreichen könne. Hinsichtlich der Finanzierungs-Obergrenzen gebe es einen Konsens die Höchstförderung betreffend, dieser sei in § 4 Art und Höhe der Förderung Punkt (2) ersichtlich. Dort heiße es: *Die Höhe einer Zuwendung darf einen Anteil von 20 % der gesamten Mittel, die in einem Haushaltsjahr für Kulturförderung zur Verfügung stehen nicht überschreiten.*

Herr Banaskiewicz merkt an, dass sein Eindruck sei, dass die Stadtverordneten mit der Zustimmung zur Kulturförderrichtlinie Möglichkeiten zur Einflussnahme auf zu fördernde Maßnahmen aus der Hand gebe und somit die Entscheidung der Verwaltung überlasse; konkret beträfe dies § 1 Allgemeine Grundsätze (5) *Die Förderanträge zum Stichtag 30.09. werden als Gesamtempfehlung im Einvernehmen mit dem für Kultur zuständigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde bewilligt.*

Herr Schlüter erläutert, dass durch die Neugestaltung der Kulturförderrichtlinie eher eine Erweiterung der Beteiligung von Stadtverordneten bei der Vergabe von Mitteln der Kulturförderung sei, da künftig auch Anträge unter 2.000 Euro mit der Politik beraten würden.

Herr Zinn teilt mit, dass er der Beschlussvorlage nicht zustimmen werde und dies in der Stadtverordnetenversammlung begründen werde.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich befürwortet

Der Ausschuss für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung vorzunehmen:

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde beschließt die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der „Richtlinie für die kommunale Förderung der Kultur in der Stadt Eberswalde“ - Kulturförderrichtlinie.
2. Die vorliegende Richtlinie tritt ab dem 01.01.2026 in Kraft und zugleich tritt die bislang gültige „Richtlinie für die kommunale Förderung der Kultur in der Stadt Eberswalde“ vom 14.12.2022 außer Kraft.

TOP	Betreff	Vorlagen-Nr.
11	Informationsvorlagen	

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

Herr Jur beendet den öffentlichen Teil des F2 um 21:46 Uhr.

gez. Danko Jur
Vorsitzender des
Fachausschusses 2

gez. C. Keller
Schriftführerin

Gemäß § 13 Abs. 2 Nr. 10 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eberswalde (GOSTVVEW) wurden die kursiv dargestellten Wortbeiträge mit in die Niederschrift aufgenommen.

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Danko Jur

- **stimmberechtigtes Mitglied**
Frank Banaskiewicz per Videoteilnahme
Barbara Bunge entschuldigt, vertreten durch Herrn Fischer
Matthäus Mikolaszek
David Streich
Isabell Sydow entschuldigt, vertreten durch Herrn Wrase
Katharina Walter entschuldigt, vertreten durch Frau Hoffmann
Torsten Wiebke
Mirko Wolfgramm
Carsten Zinn per Videoteilnahme

- **sachkundige Einwohner/innen**
Simone Blum
Frank Bonow
Mike Buschbeck
Jason Hermühlen
Benjamin Knoll per Videoteilnahme
Anna Marlene Panten entschuldigt
Ricardo Rennert
Katrín Schrader
Ines Weinert
Udo Wolfgramm

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Ivonne Affeldt
Kerstin Ladewig
Paulina Ostrowska
Sandra Rasch
Felix Rödl
Nicole Sachse-Handke
Sarah Schmidt
Andrej Wincierz

- **Dezernent/in**
Maik Berendt
Bernd Schlüter

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Constanze Adler
Matthias Milbradt
Bernd Pfeifer
- **stellvertretendes Mitglied SPD|BfE**
Kurt Fischer
Vertretung von Frau Bunge
- **stellvertretendes Mitglied Die Linke**
Lena Hoffmann
Vertretung von Frau Walter
- **stellvertretendes Mitglied SPD|BfE**
Ringo Wrase
Vertretung von Frau Sydow